

Die unterzeichnenden Bezirksräte der ÖVP stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 20.03.2024 gemäß § 23 GO-BV folgende

Anfrage zu massiven Baumfällungen im Bezirk

Aufmerksamen Bürgerinnen und Bürgern sind die teilweise massiven Baumfällungen an verschiedenen Plätzen in Penzing aufgefallen. Daraus ergeben sich folgende Anfragen an verschiedene Dienststellen und Organe:

An die MA 42:

1. Wie viele Bäume wurden in den letzten Wochen und Monaten im Heinz Conrads-Park und im östlichen Teil des Steinhofer Parks gefällt?
2. Gab es jeweils kein gelinderes Mittel als die Fällung?
3. Gibt es zu jeder Baumfällung ein Baumgutachten? Wenn ja, was war der Grund für jede einzelne Baumfällung? Wenn nein, auf welcher Rechtsgrundlage fand jede einzelne Baumfällung statt?
4. Wann, wo und durch welchen Baum wird jeweils die Ersatzpflanzung erfolgen?

An die MA 49:

1. Wie viele Bäume wurden in den letzten Wochen und Monaten im Bereich der Spitalwiese/Karl Bekehrty-Straße und rund um den Halterbach gefällt?
2. Gab es jeweils kein gelinderes Mittel als die Fällung?
3. Gibt es zu jeder Baumfällung ein Baumgutachten? Wenn ja, was war der Grund für jede einzelne Baumfällung? Wenn nein, auf welcher Rechtsgrundlage fand jede einzelne Baumfällung statt?
4. Wann, wo und durch welchen Baum wird jeweils die Ersatzpflanzung erfolgen?
5. Wann werden die Wanderwege wieder benutzbar gemacht, die durch Lagerung des Schnittholzes oder die Überreste der Fällung blockiert sind? Gab es jeweils wirklich keine anderen Möglichkeiten der Zwischenlagerung als diese Wanderwege?

An die Frau Bezirksvorsteherin:

1. Waren Sie von den o.a. massiven Baumfällungen vorab informiert?
Wenn ja, was haben Sie dagegen unternommen? Warum haben Sie die Bezirksrät/innen bzw. die Bevölkerung nicht vorab informiert?
Wenn nein, wie kann es ein, dass solch massive Eingriffe ohne Abstimmung mit dem Bezirk erfolgen?
2. Wie wollen Sie sicherstellen, dass die Öffentlichkeit zukünftig besser und transparenter über notwendige Baumfällungen informiert wird, auch um solche ex-post-Anfragen unnötig zu machen?

Begründung:

Allgemeines Bürgerinteresse, besonders in den sensiblen Zeiten des Klimawandels sowie aus Überlegungen der Transparenz und Nachvollziehbarkeit von Entscheidungen der Stadtverwaltung sowie der Kommunikation mit den Bürger/innen.

BR Mag. Markus Keschmann
Klubobmann

BR Mag. Andreas Berger
Fraktionsvorsitzender Umweltausschuss